

Enztal-Blote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis M. 4.80 vierteljährlich, M. 1.60 monatlich.
frei ins Haus geliefert; durch die Post im innerdeutschen
Verkehr M. 4.65 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Zeile oder deren
Raum 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeilen
75 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 99, in Colmbach durch die Austrägerin.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad. Fernsprech: Nr. 33.

Nr. 49

Samstag, 28. Februar 1920.

Jahrgang 54

Sonntagsgedanken.

Neden und Schweigen.

Ein Wort der Lehre — nimm es hin
ins Leben: halt die Zunge fest!
Denn ungedugne Rede fliegt,
unflügger Vogel, aus dem Nest.

Doch noch ein zweites, besseres Wort:
halt deine Seele fromm und rein,
so wird, was deinem Mund entfliegt,
wie ein unflügger Vogel sein!

E. M. Kndt.

Wochenrundschau.

Die Amtsenthebung des Reichsfinanzministers Erzberger ist in dieser Woche auf Ansuchen Erzbergers selbst vom Reichspräsidenten verfügt worden. Den Anlaß gaben neue Beschuldigungen, die sich auf Steuererklärungen des Ministers stützten, die aus einem Berliner Steueramt entnommen und dann photographisch vervielfältigt worden waren. Es erübrigt sich, zu sagen, daß der Weg, auf dem das neue Material gegen Erzberger beschaffen wurde, man mag sich zu dessen Persönlichkeit und Wirksamkeit stellen, wie man will, durchaus verwerflich ist. Aber das Material ist nun einmal bekannt geworden und es ist nicht zu verstehen, daß die Steuererklärungen mit den im Prozeß Erzberger-Helfferich festgestellten Steuerausgaben und den eigenen Angaben Erzbergers in einem gewissen Mißklang stehen. So wird ihm vorgeworfen, daß er nach photographierten Passiven im Jahr 1917 sein Einkommen auf 40 000 Mark (ohne die Renten seines Privatvermögens) angegeben habe, während er etwa 80 000 Mark zu versteuern gehabt hätte. Im Jahre 1918 seien 20 500 Mk. deklarieren worden, das Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung habe aber mindestens 47 000 Mk. betragen, im Jahr 1919 habe einer Steuererklärung von 16 700 Mk. ein tatsächliches Einkommen von 55 000 Mk. gegenübergestanden. Erzberger hat die steuerrechtliche Untersuchung gegen sich beantragt. Die Amtsenthebung ist natürlich nur eine vorläufige; der Ausgang des Steuerprozesses wird darüber entscheiden, ob sie eine dauernde werden oder ob der Minister wieder in die Regierung eintreten wird. Das Reichsfinanzministerium wird Erzberger auch in letzterem Fall wohl nicht mehr übernehmen, es wird jetzt zunächst in Stellvertretung von dem Unterstaatssekretär Mölle, der Erzbergers rechte Hand im Ministerium war, verlostet. Die Regierungsparteien der Nationalversammlung sehen sich genötigt, zu dem neuesten „Fall“ Stellung zu nehmen. Die demokratische Partei scheint geneigt zu sein, Erzberger fallen zu lassen; der Reichsausschuß der Zentrumspartei wird nach einer Berliner Meldung dieser Tage sich schuldig machen und es ist wohl anzunehmen, daß auch die Sozialdemokratie sich auf alle Möglichkeiten vorbereitet hat.

Am 1. April werden die Eisenbahnen aller deutschen Bundesstaaten in die Verwaltung des Reichs übergehen. Man hat sich allgemach unter dem Druck so vieler Sorgen so sehr an den Gedanken gewöhnt, daß die wenigsten mehr eine Vorstellung davon haben, welches Opfer die einzelnen Staaten bringen, wenn sie ihre Eisenbahnen, ihre Post und ihre Verkehrseinrichtungen überhaupt an das Reich abtreten. Freilich wird der Abschied durch die heillose Defizitwirtschaft, in welche die Verkehrsanstalten hineingeraten sind, nicht wenig erleichtert. In einem so kleinen Land wie Württemberg beläuft sich der Zehnbetrag der Eisenbahn allein in diesem Rechnungsjahr nur auf 180 Millionen; Preußen, dessen Eisenbahnen vor dem Krieg 600 Millionen Reingewinn abwarfen, hat jetzt einen Abmangel, der viel mehr als das Fünftel des früheren Gewinnes beträgt, nämlich 6898 Millionen. Die Eisenbahnen, die eine gesonderte Finanzverwaltung bekommen sollen, müssen aus dieser Defizitwirtschaft heraus, das ist sonnenklar, und das nächstliegende Mittel hierzu sind gesteigerte Einnahmen, mit anderen Worten die Erhöhung der Tarife. Aber da sind doch Grenzen gesetzt. Wenn sich wieder, wie es erst im Oktober v. J. bis Jahre- und Frachtwaise eine so erhebliche Steigerung erfahren haben, die Tarife auf 1. März abermals um 100 Prozent erhöht, also verdoppelt werden, so hört schon die Gemütslichkeit auf. Die Fahrpreise sind gegen 1914 nach der Wagenklasse

um das Vierfache bis Siebenfache gestiegen und die Güterfrachten verteuern die Waren bereits sehr empfindlich. Dabei ist der preussische Eisenbahnminister der Meinung, daß in kurzer Zeit weitere Tarifierhöhungen notwendig werden. Das kann doch so nicht weitergehen, denn die Eisenbahnfahrt wird sonst im Zeitalter des Verkehrs zum Luxus, den sich gewöhnliche Menschen nicht mehr erlauben können. Selbst die harmlosen Bahnsteigarten, die früher um 10 Pfg. zu haben waren, werden in ihrem Wert um das Vierfache steigen und das einfache Briefporto soll durch eine Erhöhung auf 40 oder 50 Pfg. dazu beitragen helfen, das Reichspostdefizit von 5 1/2 Milliarden zu tilgen. Man wird ernstlich daran denken müssen, das Defizit in den künftigen Reichsverkehrsanstalten nicht bloß durch Steigerung der Einnahmen, sondern vor allem durch Sparen, Sparen vom Größten bis ins Kleinste hinaus, aus der West zu schaffen. Und dazu gehört auch, daß man die große Notenpresse in Berlin, die täglich fünfzig Millionen neue Marknoten ausspießt, einmal ein wenig verschrauben läßt.

Die Eisenbahnkrankheit ist allerdings eine europäische Seuche geworden, selbst Frankreich, das uns im Waffenstillstandsvertrag das beste Material massenweise weggenommen hat, leidet daran nicht wenig. Die Franzosen haben jetzt mehr Lokomotiven und mehr Waggons als vor dem Krieg, aber sie wissen damit nichts anzufangen, teils weil die Bahnstrecken — in Frankreich sind die Bahnen Eigentum von Kriegsgewinnern — zu leicht gebaut sind, teils weil die Franzosen unsere prachtvollen und kunstreich gebauten Maschinen nicht zu behandeln verstehen und endlich, weil sie keine Kohlen zum Heizen haben. So stockt der Verkehr in Frankreich noch auf Jahre hinaus und unsere Maschinen, die wir so notwendig brauchen könnten, verrotten. Zu allem hin hat nun auch Frankreich seinen Eisenbahnerstreik (auch in Amerika ist ein solcher zunächst in New-York ausgebrochen) und die Hauptlinie Paris—Bordeaux ist vollständig lahmgelegt. Es kann gar nichts schaden, wenn den Franzosen aus dem bitteren Kelch, den sie uns im Friedensvertrag reicheten, auch noch ein paar recht schmachhafte Tropfen zu kosten übrig bleiben, vielleicht dampft das Tränkelein mit der Zeit ihren Siegesloster kühmt. Gar viele Fremden haben sie seit der berühmten Ratifikation in Versailles nicht gehabt. Von der auf der Pariser Konferenz von 1918 so gefeierten dreifachen Einheit und Einheitslichkeit ist wenig übrig geblieben und auf der Londoner Konferenz der vorigen Woche soll es recht lebhaft zugegangen sein. Der wieder ins Leben zurückgekehrte Wilson überandte den Herren vom Dreierakt nämlich eine Note, die sie nicht geheim gehalten, es ist aber doch durchgesickert, daß Wilson es sich ernstlich verboten habe, daß der Dreierakt hinter seinem Rücken Beschlässe des früheren Räteerrats (zu dem Amerika und Japan noch gehörten) umstoße. Amerikanische Blätter melden gar, Wilson wolle eine neue Friedenskonferenz einberufen und die ganze seitherige Arbeit mit den Friedensschlüsseln von Versailles und St. Germain für ungültig erklären. Das Recht dazu hätte Wilson zweifellos, da ja auch der Dreierakt sich nicht an die früheren Beschlässe gebunden hielt. England und Frankreich wüchlen sich gegenseitig die Schuld an dem ihnen sehr peinlichen Vorgehen Wilsons zuschieben, der ihnen jetzt so un bequem wird. Man kann in gewissen Zeitungen der Alliierten lesen, Wilson sei nicht mehr zurechnungsfähig, die amerikanische Regierung werde überhaupt von der Frau Wilson geleitet usw. Würde aber wirklich eine neue Friedenskonferenz einberufen, so würde für Deutschland wohl nicht viel davon abfallen, denn Wilsons Eifer ist hauptsächlich gegen die Abmachungen des Dreieraktes gerichtet. England, das die Türkei noch vor einem Jahr ganz zu vernichten entschlossen war, entfaltet auf einmal eine rührende Fürsorge für das Verbleiben des Sultans in Konstantinopel, es fürchtet nämlich die in bestem Zug befindliche Erhebung des ganzen Islam für den Padiſchah, die besonders in Indien gefährlich werden kann. In Asien bereitet sich nämlich etwas vor, und man kann nicht ermitteln, was das ist; man weiß nicht recht was? Es handelt sich um eine Verbindung des Bolschewismus mit dem Islam, um das Joch der europaischen, will sagen: englischen Herrschaft abzuschütteln. Und die Gefahr ist umso größer, als der indische Buddhismus im Dak again die britischen Welt-

beglückten den Muselmanen nicht nachsteht. Bekanntlich sind auch seit geraumer Zeit zwischen den Bolschewisten und den Chinesen Verbindungen angeknüpft (daher die gegenläufige Stellung Japans zu dem Bolschewismus), und ohne die Hilfe der chinesischen Truppen hätte die Sowjetregierung sich weder nach innen, noch im Kampf gegen Kolltschal und Denikin zu halten vermögen. Die Friedensangebote der Sowjetregierung sind daher mit großer Vorsicht aufzunehmen. Er läßt von seinem Ziel der Weltrevolution nicht ab, und wenn er sie mit Waffengewalt nicht erzwingen kann, wozu allerdings kaum Aussicht vorhanden ist, so wird er sie durch die Werbearbeit seiner geheimen Sendboten zu erreichen suchen.

Auf der andern Seite sehe England die Machtvergrößerung Italiens gegen Osten in gewissen Grenzen nicht ungerne, um zu verhindern, daß Frankreich, das in seinem Interesse die Serben und Jugoslawen begünstigt, eine zu starke Stellung im Osten bekomme. Der Zustand der syrischen Araber gegen die neuen französischen Herren ist daher gewiß nicht, oder wenigstens bis jetzt noch nicht gegen die britischen Interessen.

Ein englisches Lob für die deutsche Disziplin.

Dem „Landboten“ in Oldesloe teilt ein aus England heimgekehrter Kriegsgefangener den Wortlaut einer Abschiedsrede mit, die der englische Major seines Lagers bei seiner Auslösung an die zur Entlassung kommenden Gefangenen hielt. Nach einer Einführung und nach anderen Ausführungen über gewalttätige Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener seitens der englischen Regierung, die im Sinne Englands unzweckmäßig wäre, sagte der Major:

Seid stolz, daß ihr deutsche Soldaten gewesen seid. Als solche habt ihr eine — als Gefangene — gute Disziplin gezeigt. Deutschland verbannt alles seiner Disziplin. Daß es den Deutschen überhaupt möglich war, der ganzen Welt, die Deutschland als Feinde gegen sich hatte, vier Jahre lang zu widerstehen, verdankt es allein der Disziplin der Soldaten. Deutschland ist jetzt geschlagen, die Niederlage der deutschen Armeen ist zu vergleichen dem Unterliegen eines Weltkämpfers bei einer sportlichen Veranstaltung. Ein Beispiel, das ich als englischer Sportsmann gern anführe. Nicht durch ein Vergehen der Frontdisziplin, sondern durch eine Art Unzucht aus dem Innern des Landes heraus wurde Deutschland besiegt. Durch meine Behandlung der Kriegsgefangenen, die immer eines Soldaten würdig und gerecht war, glaube ich gezeigt zu haben, daß ich nicht gegen einen deutschen Soldaten habe. Ich habe jeden Soldaten hochgeschätzt, indessen werde ich einem Deutschen nie bis zu meinem Todestage wissenschaftlich die Hand reichen.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 26. Febr.

Nach einer Unterbrechung von fast sechs Wochen hat die Nationalversammlung heute mittag ihre Sitzungen wieder aufgenommen. Die Gesekentwürfe wurden nach kurzen Ausdrücken den Kommissionen überwiesen. Der Abg. Mumm (D.nat.V.) wies darauf hin, wenn immer wieder neue Gesekentwürfe auftauchen, so werden die Neuwahlen für den Reichstag immer weiter hinausgeschoben. Das sei nicht zulässig, da die Nationalversammlung nach Erledigung der ihr gestellten Aufgaben verfassungsmäßig durch den endgültigen Reichstag abgelöst werden müsse. Minister Müller entgegnete, die Reichsregierung habe nicht die Absicht, die Lebensdauer der Nationalversammlung unnötig zu verlängern. Unterstaatssekretär Mölle erschien als Stellvertreter des Reichsfinanzministers in der Sitzung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3.15 Uhr. Erste Beratung des Gesekentwurfs zur Ausführung des Artikels 13 Absatz 3 der Verfassung des Deutschen Reichs.

Abg. Cohn (U.S.P.): Der Entwurf erklärt das Reichsgericht für unabhängig bei Meinungsverschiedenheiten über die Kompetenz für Reichs- und Landesverwaltungsbehörden. Diese Frage sollte dem Verfassungsausschuß überwiesen werden.

Das Haus ist damit einverstanden. Es folgt die erste Beratung des Gesekentwurfs über Änderung des Konsulargebührengesetzes.

Abg. Mumm (D.nat.V.): Die Neuwahlen zum

Reichstag werden durch solche Grundlagen immer weiter hinausgezogen, doch ist zu bezweifeln, ob durch die Bestimmungen des Gesetzes die unerwünschte Einwanderung nennenswert eingedämmt wird. Hier muß man im Notfall durch Einschränkung der lästigen Ausländer in Sammellager kräftig vorgehen.

Reichsminister Müller: Die Regierung hat nicht die Absicht, die Nationalversammlung länger als nötig zusammenzuhalten. Aber eine Reihe von Gesetzen muß erledigt werden.

Der Entwurf geht an den Volkswirtschaftsausschuß. Der Entwurf des Körperschafts- und des Steuergesetzes geht an den Steuerausschuß.

Nächste Sitzung Freitag 3 Uhr.

Neues vom Tage.

Die Generale und der deutsche Gerichtshof.
Berlin, 27. Febr. Wie verschiedene Blätter mitteilen, haben die am Mittwoch zu einer Sitzung versammelten Generale und Admirale Boehn, d'Elia, v. Falkenhahn, v. Haenisch, Hammer, v. Heringen, v. Hutier, v. Ingenohl, Koch, v. Klud, v. Lohow, Labendoff, v. Mantensel, v. Quast, Reigenstein, Scheer, v. Schröder, v. Tirpitz, Wichura, v. Winkler und v. Zisch die Erklärung ab, es nicht als eine Verletzung ihrer Ehre zu empfinden, sich einem deutschen Gericht zu stellen, aber auch nur einem solchen, im Vertrauen auf das aber auch nur einem solchen, im Vertrauen auf das deutsche Recht und die deutschen Richter.

Achtstundenschicht im sächsischen Bergbau.
Berlin, 27. Febr. Nach Verhandlungen der Vertreter der Bergarbeiter mit dem Arbeitsminister soll am 1. März die Achtstundenschicht im sächsischen Kohlenbergbau wieder eingeführt werden.

Ministerreise.
München, 27. Febr. Gestern sind die bayerischen Minister Endres, v. Freyberg, v. Frauendorfer und Haun in die Rheinpfalz abgereist. Ministerpräsident Hoffmann, der nach Berlin reiste, trifft mit den Ministern in der Rheinpfalz zusammen. Der Aufenthalt ist bis etwa Dienstag berechnet.

Streit.
Effen, 27. Febr. In den Gruben der Deutsch-luxemburgischen Bergwerks-Gesellschaft ist ein Streit ausgebrochen.

Geheime Kommunitentagung aufgehoben.
Karlsruhe, 27. Febr. Die Polizeidirektion Karlsruhe hat gestern in Durlach eine geheime Reichskonferenz der kommunistischen Partei aufgehoben. Um festzustellen, ob unter den Teilnehmern sich gesuchte Persönlichkeiten (russische Kurier) befinden, wurden sämtliche 81 Teilnehmer mittels eines Straßenbahnzuges nach der Polizeidirektion Karlsruhe gebracht. Unter den Teilnehmern befanden sich meist norddeutsche Personen, viele Frauen, u. a. Maria Reikin, und 5 ausländische Vertreter aus Österreich, Polen, Rußland und der Schweiz. Die Reichsangehörigen wurden nach Feststellung ihrer Persönlichkeit wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Ausländer dagegen werden bis zur Durchführung des Ausweisungsverfahrens in Haft gehalten.

Saarbrücken, 27. Febr. Mit festlichem Gepränge ist heute die Völkervereinigungskommission für das Saargebiet hier eingezogen.

Hlensburg, 27. Febr. Die Franzosen haben das Denkmal für den Sieg bei der Navarin-See (27. Febr. 1916) zerstört.

Die Grundschule.
Berlin, 27. Febr. Der Reichsrat hat das Gesetz betreffend Einführung der Grundschule und Aufhebung der Vorschulen angenommen.

Räumung von Calais.
London, 27. Febr. „Daily Mail“ berichtet, daß der englische Kriegsminister Churchill die Räumung Calais von englischen Truppen zum 1. März angeordnet hat. Damit werden die letzten englischen Truppen den französischen Boden verlassen.

Paris, 27. Febr. Die Kammer hat der Regierungsvorlage über die Einberufung der Jahresklasse 1920 mit 518 gegen 78 Stimmen zugestimmt.

Paris, 27. Febr. Der „Temps“ meldet, der Oberste Rat habe entschieden, Smyrna Griechenland mit einem beschränkten Hinterland zu überlassen, jedoch solle es unter der Souveränität des Sultans bleiben. Die Forderungen Griechenlands in Thrazien haben Berücksichtigung gefunden. Frankreich soll in Cilicien und Italien in Adalia ein Mandat erhalten.

Gewerkschaftskongreß.
London, 27. Febr. Am 11. März findet ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß zur Besprechung der Frage der Verstaatlichung der Bergwerke statt.

Prozeß Erzberger—Helfferich.
Berlin, 26. Febr.

Zu der Angelegenheit der politischen Korruption hat der Rechtsbeistand Helfferich heute u. a. die Ladung des Abg. Herrmann-Neulingen beantragt. Erzberger erklärt, daß er zu diesem Thema keinen neuen Zeugen nennen wolle, aber auf der Vernehmung des Abg. Herrmann besteshe. Es handelt sich um die Frage, ob Erzberger aus politischen Gründen in dem Fall die Zahlung mit vollen Kennwert genehmigt habe, in einem anderen Fall nicht.

Staatsminister a. D. Dr. Spahn (Zentrumsführer) befundet: Erzberger hat sich gegen die Einbringung neuer Steuern während des Kriegs ausgesprochen. Er erklärte damals auch, daß der Reichskanzler in der Unterredung mit ihm erklärt habe, er lege auf die Durchführung der Steuervorlage keinen Wert. Auf diese Nachricht hin ging ich zu Helfferich und erzählte ihm, was ich

Ich war über die Mitteilung außerordentlich erstaunt, denn, so erklärte er, er habe mit dem Reichskanzler den Haushaltsplan durchgesprochen und der Kanzler habe hinter ihm gestanden.

Helfferich kommt auf den Vorstoß Erzbergers gegen die Tauchboote zu sprechen. Im Juni 1917 fand bei mir als Vizekanzler eine Besprechung mit den einzelnen Fraktionen statt. Von der Zentrumsfraktion erschienen Spahn und Erzberger. Ich fragte die beiden Herren, ob besondere Wünsche des Zentrums vorlägen. Beide erklärten mir: Nein. Erzberger brachte dann die Tauchbootsfrage an Hand von Material, über das ein holländisches Blatt berichtet hatte, zur Sprache. Ich sagte ihm: Sie haben doch nicht etwa darüber schon gesprochen. Sie werden doch nicht in einem Augenblick, in dem wir alle Kraft zusammenfassen müssen, Zweifel über die Wirkungen des Tauchbootkriegs auskommen lassen? Erzberger antwortete: Ich spreche nur davon in kleinem Kreise, aber ich werde natürlich in der Budgetkommission nicht darüber sprechen. Trotzdem hat Erzberger wenige Tage später in der Budgetkommission den sensationellen Vorstoß gemacht.

Erzberger: Ich bin mir in dieser Beziehung ungenau. Ich habe auf Grund eingehender Berechnungen, die ich von der Firma Thyssen erhalten hatte, Zweifel an der Wirksamkeit des Tauchbootkriegs vorgetragen und habe ausdrücklich erklärt, daß ich das Material auch dem Admiralstab zugesandt habe. Der Reichskanzler ist von meiner Absicht unterrichtet gewesen.

Helfferich macht darauf aufmerksam, daß der Reichskanzler später nach der Friedensentscheidung zu Erzberger gefahren sei. „Sie haben mich ja überfallen!“

v. Bethmann sagt aus, daß ihm nicht mitgeteilt wurde, daß Erzberger ein solches Vorgehen vor habe. Er habe den Eindruck gehabt, daß die Rede Erzbergers einer unvermuteten Wendung in seinen taktischen Plänen entsprungen sei. Er habe an demselben Nachmittag in einer Unterredung Erzberger gegenüber sein Erstaunen ausgedrückt mit den Worten: „Nun, Herr Erzberger, Sie haben mich ja überfallen wie Zieten aus dem Busch.“

Staatsminister a. D. Solff erklärt, daß Erzberger ihn gefragt habe, daß er entschieden gegen die Gewaltpolitik vorgehe und ein Vorgehen gegen die Regierung einzuleiten beabsichtige. Er eine Friedensentscheidung habe der Zeige nicht gedacht und habe nur einen Vorstoß gegen den Tauchbootkrieg erwartet. Andernfalls hätte er Bethmann benachrichtigt.

Unterstaatssekretär Lewald befundet, daß Erzberger bei der Parlamentarierbesprechung beim Vizekanzler, deren Zweck gewesen sei, jede Ueberraschung auszuschalten, erklärt habe, er denke nicht daran, seine Bedenken gegen den Tauchbootkrieg im Hauptauschuß vorzubringen. Erzbergers Vorstoß habe eine ungeheure Erregung hervorgerufen.

Erzberger begründet sodann seinen Vorstoß damit, daß die ihm erteilte Antwort des Admiralstabs auf sein Material ungenügend gewesen sei.

Neuge Dr. Erdmann erklärt: Erzberger habe ihm gegenüber, nachdem er am 6. Juni seiner Frage, ob er Bethmann stützen oder stützen wolle, ausgewichen sei, am 7. Juli zugegeben, daß er den Kanzler beiseitigen wolle.

In der Erwiderung über die Vorgeschichte von Erzbergers Wiener Reise antwortet Erzberger auf die Frage des Vorsitzenden, ob er auf Wunsch des Kardinals Bissl aber auf Wunsch des Reichskanzlers geschahen sei, beides könne sein.

v. Bethmann Hollweg: Er habe Erzberger keinen Auftrag erteilt, nach Wien zu reisen. Der Erzberger aber in Österreich mit einflussreichen Personen zusammenkommen mußte, habe er ihn gebeten, dort mit lose Stimmungen zu bekämpfen.

Erzberger erklärt, daß er nicht von Bethmann Hollweg unmittelbar, wohl aber von Herrn v. Berger vom Auswärtigen Amt zu der Reise aufgefordert worden sei und daß er aus der ganzen Sachlage auf einen Auftrag des Reichskanzlers habe schließen müssen. Dieser habe ihm auch Anweisungen erteilt und ihm gesagt, er solle sich auf dem Auswärtigen Amt den Czernischen Bericht zeigen lassen.

v. Bethmann befundet dies mit aller Entschiedenheit mit dem Hinweis, daß der Bericht sehr geheim gehalten wurde.

Erzberger bleibt bei der Behauptung, daß er der Bericht, von dem er bis dahin nichts wußte, am 12. April im Auswärtigen Amt auf dem Zimmer des Herrn v. Berger zur Kenntnis bekommen und gelesen habe.

Die Verhandlung wird hierauf auf Montag vertagt.

Bermischtes.

Die neue Zeit. Den Mannheimer Blättern ist ein von 7 Schülerinnen unterzeichneter Protest zugewandert, der sich dagegen verwahrt, daß die Oster- und Pfingstferien ausfallen sollen, damit die Verdämnisse der Kohlenferien hereingeholt werden können. Regierung und Landtag, so meinen die Schulmädchen, haben kein Recht über die Köpfe der Eltern, Lehrer und Schüler hinweg Ferien aufzuheben. Sie erwarten von der Schülerschaft ganz Baden, daß sie sich wie ein Mann gegen die Verhängung erhebe.

Abgeklärt. Auf dem Flugplatz bei Eger (Böhmen) ist der Heimpilot Schwager tödlich abgestürzt. Hindert sein wird.

Holländische Milch. Nach dem „Berl. Tagebl.“ werden nach dem deutsch-holländischen Abkommen täglich 30 000 Liter Milch von Holland geliefert; von März ab soll die Menge auf 40 000 Liter erhöht werden.

Schiffsbrand. Auf offener Meer geriet das italienische Schiff „Luciano Manara“ mit einer Ladung Erdöl auf dem Weg von Batum nach Konstantinopel in Brand. 26 Personen konnten gerettet werden.

ep. A. Straßburg nach den Vereinigten Staaten? Nach einem Bericht der „Köln. Zig.“ sind die

so schlecht, daß eine Auswanderung dorthin — die freilich noch kaum zugelassen ist — nichts Verlockendes bieten dürfte. Schon die auf Tausende sich belaufende Zahl der deutschen Rückwanderer aus Amerika ist ein sprechendes Zeugnis dafür. Wucherpreise, Wohnungsnot, Ueberangebot von Arbeitskräften — es sind die gleichen Notstände wie bei uns und dazu kommt, daß Arbeiterfürsorge und Arbeiterversicherungen in den Vereinigten Staaten erst unbekannt sind und der Deutsche noch auf Jahre hinaus von dem Haß, den die Kriegsbeute erzeugt hat, verfolgt und überall am Fortkommen gehindert sein wird.

Das japanische Bier. Während Europa fortfährt sich wirtschaftlich zu zermürben, benutzen die Japaner die Gelegenheit, um sich für eine Industrie nach der anderen ein Handelsmonopol zu verschaffen. So haben sie in Australien ungeheure Mengen Malz und in Rußland alle verfügbare Gerste aufgekauft, um ein für Ostasien und Australien bestimmtes Exportbier zu brauen. Die Trophäe Amerikas kam gerade zur rechten Zeit, um den Japanern den ostasiatischen und australischen Markt wo das amerikanische Bier sich bisher großer Beliebtheit erfreute, zu erschließen. Die japanischen Brauereien sind noch deutschem Muster eingerichtet und werden fast ausschließlich von deutschen Braumeistern geleitet.

Glückliches Engla. d. In einem Vertrag mit Norwegen hat sich bekanntlich England die Ausbeutung der Erdschätze Spitzbergens vorbehalten. Aus London wird nun gemeldet, daß auf den nordischen Inseln große Lager von Mineralölen, Kohlen und Marmor festgestellt worden seien.

Das 100-Milliarden-Angebot.

Im englischen Unterhause ist es seitdem zu einer föderativen Aussprache über die von Deutschland zu fordernde Kriegssentschädigung gekommen. Dabei hat sich Minister Balfour gegen das Buch „Die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedens“ von Keynes, dem Hauptvertreter des Schaffel, als der Friedenskonferenz, gewandt. In diesem Buch wird u. a. die Ansicht begründet, Deutschland könne höchstens 40 Milliarden den Goldmark zahlen. Es war vorgeschlagen, davon sollen 10 Milliarden für abgegebene Schiffe, Kabel u. w. für das Entgelt in den zurückgebliebenen Gebieten und für die Forderungen von den Verbündeten angerechnet werden, während der Rest von 30 Milliarden in jährlichen Zahlungen von 1923 bis 1928 entrichtet werden sollte. Balfour hat nun geglaubt, die Ausführungen Keynes mit dem Hinweis abtun zu können, Deutschland selbst habe 100 Milliarden angeboten. Es ist das nichts weiter als eine Fressfäule. Das Angebot wurde nämlich in unseren Gegenvorschlägen auf die feindlichen Friedensbedingungen im engsten Zusammenhang mit einer ganzen Reihe anderer Vorschläge gemacht; es hatte also zur Voraussetzung, daß auch diese bewilligt würden, wodurch uns die rein deutschen Gebiete verbleiben wären, mehr Kohlen und mehr Schiffe und zur Verfügung gestanden hätten, überhaupt unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht in so unerträglicher Weise geschwächt worden wäre. Auch ist zu beachten, daß dieses Angebot zu einer Zeit (29. Mai 1919) gemacht wurde, als der wirtschaftliche Niedergang und finanzielle Verfall Deutschlands noch nicht in dem Maße eingetreten war, wie er tatsächlich eingetreten ist, nicht zuletzt durch die Schuld unserer Gequar, die, statt uns mit Rohstoffen und Lebensmitteln zu helfen, die Blockade aufrechterhielten und durch das „Loch im Westen“ unsere Vertriebe vereitelten, die Zerrüttung unserer Wirtschaft und unserer Valuta aufzuhalten.

Der Krieg der Zukunft.

In England erregt ein Buch, betitelt „Tausend im großen Kriege“, viel Aufsehen, weil in ihm einer der zukünftigsten englischen Soldaten, Oberst Fuller, der höchste Stabsoffizier des Tankkorps im letzten Krieg, seine Ansichten über den Krieg der Zukunft zum Besten gibt. Er hält dafür, daß sich in Zukunft die Kriegsführung in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung des Feindes richten muß, und schreibt zum Beispiel: Schnelle Tanks, gefüllt mit Tonnen flüssigen Gases, werden die Grenze überschreiten und auf den Feldern und Farmen, in den Dörfern und Städten des feindlichen Landes jedes lebende Wesen auslöschen, und während so entlang den Grenzen alles Leben weggefegt wird, werden große Schwärme von Flugmaschinen die großen feindlichen Zentren der Regierung und Industrie angreifen. Alle diese Angriffe werden sich zuerst nicht gegen die feindlichen Armeen richten, sondern gegen die Zivilbevölkerung, um sie zu zwingen, den Willen des Angreifers anzunehmen. Viel Aufsehen erregt auch folgende Bemerkung: Der erste Geniestreich, der im Kriege geführt wurde, war die deutsche Anwendung von Gas am 22. April 1915, und der zweite unsere Verwendung der Tanks am 16. September 1915.

Ein englische Blatt meint: So sieht es also im Zeitalter des Völkervereinigung mit den Kriegsgesetzen aus, gegen die die Deutschen gesündigt haben sollen. Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Württemberg.

Stuttgart, 27. Febr. (Kanalarbeit.) Im Botenhaus des Landesgewerkschaftsbundes fand gestern die zweite Vollversammlung des Süddeutschen Kanalarbeitsvereins unter dem Vorsitz des Geh. Rats Engelhardt in Mannheim statt. Nach der Begrüßung durch Geh. Kommerzienrat Bruckmann gab Minister Heymann der Genehmigung Ausdruck, daß der Kanalarbeit die Pläne der Regierung aufgenommen habe. Man sei einig darüber, daß ein Großschiffahrtsweg für Schlepper von 1200 Tonnen geschaffen werden müsse. Im Auftrag des Rhein-Schiffahrtsverbands Konstanz und Oberthein teilte Handelskammerpräsident Braun-Konstanz mit, die Pläne für die Schiffbarmachung des Oberrheins werden in den nächsten Monaten fertig sein. Nach dem Geschäftsbericht des Vizepräsidenten Trajoch-Stuttgart hat der



nalverlein bis jetzt etwa 300 000 Mark aufgewendet. Direktor Kern-Mannheim hielt dann einen inhaltreichen Vortrag über Schiffahrt, Hafenanlagen und Wasserkräfte am neuen Redarfanal. In einer Entschließung wurde ausgesprochen, das Reich und die Nationalversammlung mögen den Ausbaue der Redarfanalisation Mannheim bis Blosingen möglichst fördern und beschleunigen ferner die Schiffbauernachfrage der Donau bis Ulm und die Erstellung eines Kanals von Friedrichshafen bis Ulm durchführen. In der Nachmittagsitzung im Kunstgebäude sprach Oberbaurat de Thierry über die Nordseehäfen, Eisenbahnen und Wasserstraßen als Transportwege nach dem Hinterland. Minister Heymann trat dann nochmals entschieden für die Redarfanalisation ein, die der Industrie, dem Handel, der Landwirtschaft und dem ganzen Land neue Aufstiegsmöglichkeiten eröffnen werden.

Stuttgart, 27. Febr. (Währungsband.) Der vorläufige Vorstand des Währungs- und Arbeitsbundes hat einen Verbandsausschuss gewählt. Die Geschäftsstelle befindet sich im Handelshof Nummer 6120.

Stuttgart, 27. Febr. (Reichs-Theaterkonferenz.) Heute und am Samstag kommen aus dem ganzen Reich die Vertreter der Regierungen, denen ein Landes-theater untersteht, und Vertreter dieser Institute selbst zu einer Reichstheaterkonferenz zusammen.

Stuttgart, 27. Febr. (Streik bei der Silberbahn.) Die Angestellten der Silberbahn sind heute vormittag wegen nicht gewährten Teuerungszulagen in den Streik getreten. Der gesamte Silberbahnverkehr ist stillgelegt.

Stuttgart, 27. Febr. (Entlarvter „Eisenbahner“.) Bei dem von Calw eintreffenden Zug wurde ein in der Uniform eines Eisenbahnunterbeamten stehender hiesiger Koch, der Inhaber einer Pension, mit einem zentnerreichen Kuchenschiff, als er den Bahnhof an verbotener Stelle verlassen wollte, angehalten. Der Verdächtige ist ein schon vorbestrafter Scheichhändler.

Ludwigsburg, 27. Febr. (Veruntreuung von Heeresgut.) Vor kurzem wurden in Ludwigsburg der Kammerunteroffizier Eugen Diez, der Küchenverwalter Bodet und 30 andere Personen wegen Diebstahls aus Kammer und Küche der Maschinengewehr-Abteilung des Heeresregts. 13 im Wert von 40 000 Mark verhaftet. Die Kriminalabteilung des württ. Landespolizeiamts hat nun schon wieder schwere Fälle der Veruntreuung von Heeresgut ans Tageslicht gezogen. Einige Kammerunteroffiziere der Abwillingshalle des Inf.-Regts. 121, besonders der Offiziersstellvertreter Gottlieb Kränzer und der Wajzelwibel Karl Kächer haben im Lauf des letzten Jahres Auskleidungs- und Bekleidungsstücke im Wert von 70 000 Mark (nach früherem Anschaffungswert) unterschlagen und an Händler verkauft. Ferner haben der Futtermeister des Pferdelazarets, Ernst Holzwarth und der Wachtmeister, jetzige Kantinenpächter Hans Schrade über 100 Zentner Hafer und eine Futterschneidmaschine verkauft. Eine ganze Reihe von Helfern ist in Haft genommen.

Leontberg, 27. Febr. (Einbruch.) In Rutesheim wurde im „Alder“ und im „Hirsch“ eingebrochen. Den Besitzern und den übernachtenden Gästen wurden Kleider u. a. im Wert von 3000 Mark gestohlen.

Die Jpfinger Jagd wurde um 5501 Mark für das Jahr verpachtet. Die bisherige Jagdpacht betrug 850 Mark.

Bartenstein, 27. Febr. (Verrückte Preise.) Der Huhn-, Tauben- und Kaninchenmarkt war sehr gut besucht. Für Tauben wurde pro Paar 10—18 Mark, für in Kaninchen 8—40 Mk., für Hühner ab 50—1000 Mk. bezahlt. Auch eine Kage war für 50 Mk. zu haben. Es wurden viele Käufe abgeschlossen.

Kalen, 27. Febr. (Todesfall.) Auf Seegartenhof bei Königsbrunn ist Dekonomierat Andreas Graf gestorben. Er gehörte früher der zweiten Kammer an und wurde noch im Jahre 1918 in die Erste württ. Kammer berufen. Der Verstorbene war Major d. R.

Schweningen, 27. Febr. (Zündholzdiebe.) Aus der hiesigen Zündholzfabrik wurden für etwa 1500 Mark Streichhölzer gestohlen. Als Täter sind drei hiesige 19—21jährige, wegen Diebstahls vorbestraute Personen ermittelt.

Stuttgart, 26. Febr. (Noch ein Schulgeiz.) Die „Württ. Lehrerzeitung“, das Organ des württ. Volksschullehrervereins, weiß zu berichten, daß schon in nächster Zeit ein Gesetz über die Neuordnung des Fortbildungsschulwesens vorgelegt werden soll. Es sollen hauptamtliche Lehrkräfte für Fortbildungsschulen angestellt werden. Auf dem Land würde der Unterricht in mehreren Gemeinden einem Lehrer übertragen.

Stuttgart, 26. Febr. (Die teuren Orte.) Der Finanzausschuss des Landtags hat den Nachtrag zum Finanzgesetz für 1919 erledigt, in dem 38 Millionen Mk. für Teuerungszulagen angefordert werden. Dem Ausschuss lagen zahlreiche Eingaben vor um eine Verlegung von Gemeinden in die zweite Teuerungsklasse. In diese Klasse wurden neu aufgenommen: Kalen, Asperg, Aulendorf, Badnang, Biberach, Bietigheim, Bödingen, Bödingen, Botnang, Birkach, Birkfeld, Calmbach, Calw, Crailsheim, Döbel, Dürrenz-Mühlacker, Ebersbach-Fils, Ebingen, Ellwangen, Echingen, Feuerbach, Freudenstadt, Friedrichshafen, Geislingen-Steig, Gmünd, Göttingen, Groß- und Klein-Eislingen, Gross-Säßen, Hall, Hedelfingen, Heidenheim, Heilbrunn, Herrenalb, Horb, Hohen an der Enz, Hohenheim, Jagstfeld, Kallental, Kemnat, Kirchheim-Teck, Kornwestheim, Lauterbach, O.A. Oberndorf, Leonberg, Liebenthal, Ludwigsburg, Maulbronn, Mergentheim, Meiningen, Möhringen a. F., Müstler a. R., Nedarhartach, Nedarfalm, Neuenbürg, Nürtingen, Oberndorf, Obertürkheim, Plochingen, Ravensburg, Reutlingen, Rohr a. F., Rotenbach, O.A. Neuenbürg, Rottweil, Salach, Spaichingen, Sontheim, Sindelfingen, Schönmberg, O.A. Neuenbürg, Schorndorf, Schramberg, Schweningen, Stammheim, Trossingen, Tübingen, Tuttlingen, Ulm, Urach, Waiblingen a. F., Waiblingen, Wasseralfingen, Weingarten, Weinsberg, Wildbad, Winnenden, Weissenau, Aulendorf; ferner

außerhalb Württembergs: Plochingen, Neu-Ulm, Forzheim, Sigmaringen.

Stuttgart, 26. Febr. (Geschäftszeit.) Nachdem das Arbeitsministerium die Maßnahmen zur Kohlenenergiepactis dahin abgeändert hat, daß die für die Ladungsgeschäfte getroffenen Beschränkungen mit Wirkung vom 1. März ab aufgehoben werden, hat der Arbeitgeberverband nunmehr beantragt, die Aufhebung der Beschränkung auch auf die übrigen Betriebe auszudehnen.

Stuttgart, 26. Febr. (Selbstmord.) Gestern abend stürzte sich ein junger Mann in der Seidenstraße unter einen Straßenbahnwagen, so daß sein Körper vollkommen verflüchtelt wurde. Die Persönlichkeit des Unglücklichen konnte bis jetzt nicht festgestellt werden.

Waiblingen, 26. Febr. (Der Tabakstreik.) In einer Versammlung der Tabakbauer aus den Oberämtern Waiblingen und Ludwigsburg in Hegnach wurde beschlossen, den Tabak nicht zum gesetzlichen Höchstpreis (325—450 Mk.) an die Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft abzugeben, während die Händler und Fabrikanten die wahnwitzigen Preise verlangen dürfen. Die Tabakbauer wollen sich mit der landwirtschaftlichen Genossenschaft des Bezirks Waiblingen zusammenschließen und eine eigene Zigarettenfabrik gründen.

Badnang, 26. Febr. (Neues Baumaterial.) Gemeinderat Architekt Kreis hat Versuche zur Gewinnung eines Bausteins aus Lehm und vergastem Schiefer angestellt, die so befriedigten, daß der Bauausschuss des Gemeinderats die Angelegenheit weiter verfolgen will.

Stuttgart, 26. Febr. (Unglücksfall.) Heute mittag sprang ein 16jähriges Mädchen, dem der Wind den Hut entführt hatte, beim Diakonissenplatz von einem Wagen der Linie 6 in voller Fahrt in verkehrter Richtung ab. Sie wurde heftig zu Boden geschleudert und mußte mit einer schweren Gehirnerschütterung bewußtlos ins Wilhelmspital geschafft werden.

Tuttlingen, 26. Febr. (Unglücksfälle.) Feuerwehrkommandant Karl Risch wurde bei Lipzingen aus dem Gefährt geschleudert und zog sich eine schwere Kopfverletzung zu. Beim städtischen Gaswerk kam der 36 Jahre alte Bauer Konrad Schilling von Nendingen, als die Pferde vor einem vorbeifahrenden Güterzug scheuten, unter den schwer beladenen Wagen. Er war alsbald tot.

Friedrichshafen, 26. Febr. (Des Herzogs Geburtstag.) Die Einwohnerschaft hat kürzlich dem Herzogspaar, das nunmehr seine bisherige Sommerresidenz zu dauerndem Aufenthalt gewählt hat, einen Willkomm- und Geburtstagsgruß überreicht. Herzog Wilhelm hat dem hiesigen Stadtschultheißen 1000 Mark für unbedeutende Einwohner überwiesen.

Stuttgart, 26. Febr. (Schwurgericht.) Am 22. Januar v. J. waren der Bäckermeister Friedrich Wiedmaier von Schmiden, der Metzger Gottlob Klotz von Wangen und der Kraftwagenführer Ernst Klotz in Fellbach eingekerkert; das Fuhrwerk des Gottlob Klotz blieb vor der Wirtschaft stehen. Einige angetrunkene Soldaten, die von einem Tanzergnügen kamen, baten, das Fuhrwerk gegen Bezahlung benutzen zu dürfen, um einen sinnlos betrunkenen Kameraden zum Bahnhof zu befördern. Die Bitte wurde von Klotz abgelehnt. Trotzdem fuhren die Soldaten mit dem Fuhrwerk weg. Als dies Klotz später bemerkte, eilten die drei Genannten den Soldaten nach und beim Bahnhof Fellbach entstand eine Schlägerei, in deren Verlauf der Unteroffizier Karl Eckstein von Schwäbheim in den Hals gestochen wurde, sodas er verblutete. Der auf dem Wagen liegende betrunkene Soldat wurde schwer mißhandelt. Unter Zustimmung mildernder Umstände wurde Gottlob Klotz wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tod zu 1 Jahr 4 Monaten, Ernst Klotz wegen gefährlicher Körperverletzung zu 4 Monaten und Wiedmaier zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Baden.

Karlsruhe, 26. Febr. Ministerialrat Dr. Ritter tritt Mitte April aus dem badischen Justizdienst aus und übernimmt im Reichsarbeitsministerium in Berlin in der Abteilung für soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge und für das Militärjambwesen die Stelle eines Ministerialdirektors.

Karlsruhe, 26. Febr. Die Brauerei Kammerer wurde an die Brauereigesellschaft (vorm. S. Moninger) verkauft. Der Umsatzer der Brauerei Kammerer betrug jährlich 25 000 Mark.

Stuttgart, 26. Febr. Landtagsabgeordneter und Amtmann Schön hier, der frühere Bürgermeister von Dornseefingen, wird am 1. März als Direktor an die Spitze des bad. landw. Genossenschaftsverbands treten und damit wieder aus dem Staatsdienst ausscheiden.

Forzheim, 26. Febr. Die Frau Stadtverordnete Jörger ist aus der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten ausgetreten. Sie wird auch weiterhin Mitglied des Bürgerausschusses sein. Die Unabhängigen haben jetzt noch zwei Stadträte und sieben Stadtverordnete.

Bruchsal, 26. Febr. Der Bürgerausschuss der Stadt Bruchsal hat in seiner Sitzung vom 20. Februar der Errichtung einer höheren Handelsschule mit weisjährigem Lehrgang bei ganztägigem Unterricht (32 Wochenstunden) seine Zustimmung mit Einstimmigkeit erteilt. Die neue Schuleinrichtung wird der städt. Handelsschule angegliedert und untersteht auch der Leitung derselben.

Heidelberg, 24. Febr. Nach der „Bad. Post“ wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Karl Raup zum Regierungsrat ernannt. Raup ist 1876 in Heidelberg geboren. Er ist gelernter Buchdrucker und war bis 1907 als Buchdruck-Maschinenmeister tätig.

Waldorf, 26. Febr. Dem Landwirt Rauert wurden aus seiner Scheune 4 Zentner gebundener Tabak entwendet, die einen Wert von 2000 Mark darstellen. Die Zigarettenfabrik Hochher u. Komp. hätte durch einen abernatigen Einbruch einen großen Sumatra-Deckelant im Wert von 4000 Mark verloren, ohne daß es jetzt gelang, die Täter zu ermitteln.

lokales.

— **Verziehung der Prämienverlosung.** Das Reichsfinanzministerium ist nach einer Berliner Meldung aus Bankkreisen ersucht worden, die erste Verlosung der Sparprämienanleihe vom 15. auf den 31. März zu verschieben, selbst wenn die Gewinne nicht mehr im Monat April auszubehalt werden könnten.

ep. **Kirchliches Selbstbestimmungsrecht.** Die tschechische Regierung hat im Maltziner Ländchen (Oberschlesien) das kirchliche Selbstbestimmungsrecht anerkannt. Die dortigen evangelischen Gemeinden bleiben also im Zusammenhang mit der preussischen Landeskirche. Es muß erwartet werden, daß dieses Recht auch den evangelischen Deutschen in den an Polen fallenden Gebieten nicht verflüchtelt werden.

— **Karbidlampen.** Mit Rücksicht auf die Vorknappheit werden bei den württ. Staatsbahnen die Rangierleiter, die Zugführer und Gepäckkassierer, sowie auch die Personenschaffner allgemein mit Karbidlampen ausgestattet.

ep. **Die Dienstbotennot.** Die Dienstbotennot war auch in den Kriegsjahren nie so groß und allgemein wie gegenwärtig. Davon wissen die Arbeitssamer und sonstigen zuständigen Stellen ein Lied zu singen, bei denen die Nachfrage das Angebot um ein Vielfaches übersteigt. Abgesehen von den Unzuträglichkeiten, die dieser Zustand für viele Familien, besonders alte und kranke Leute, schafft, ist es für Volkswirtschaft und Volksgesundheit ein nicht leicht zu nehmender Schaden, wenn immer weniger spätere Frauen und Mütter die Gelegenheit zu gründlicher hauswirtschaftlicher Ausbildung, wie sie der „Dienst“ bietet, ergreifen. Dazu kommt, daß in der Industrie immer weniger Platz für weibliche Arbeitskräfte vorhanden ist; ein Beweis dafür sind die vielen Entlassungen von Arbeiterinnen aus den Fabriken. Alle die Eltern, deren Töchter aufs Frühjahr aus der Schule kommen, sollten sich über diese Dinge im Klaren sein. Ein Hinweis auf die seit nunmehr 60 Jahre bestehende Dienstbotenschule Paulineheim in Stuttgart (Kurtbachstraße 10) wird gewiß manchen unter ihnen willkommen sein. Dort finden 14—16jährige junge Mädchen eine gründliche Ausbildung in allen Hausarbeiten, Kochen, Waschen, Nähen, Plüden, Nähen sowie in den Fortbildungsschulfächern. Das Kostgeld für einen Jahreskurs beträgt die bei den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen gewiß bescheidene Summe von 250 Mark. Nach Abschluß der Ausbildung werden den Schülerinnen gute Stellen vermittelt. Nähere Auskunft erteilt Frau C. Stammbach.

Württ. Landwirtschaftskammer.

Stuttgart, 26. Febr.

In der zweiten Sitzung der Landwirtschaftskammer stand zur Beratung zunächst der Entwurf der Satzungen für die neue Landwirtschaftskammer, der von der Regierung vorgelegt wurde. Der Entwurf wurde von der Regierung erstatte Bericht. Einzelne formale Änderungsanträge des Berichterstatters wurden ohne Aussprache und darauf die ganze Satzung einstimmig angenommen. Die Entschädigungskosten für die zwei Tage soll die Regierung übernehmen und jedem Mitglied der Kammer ein Taggeld von 25 Mk., eine Ueberrnachtgebühren von 15 Mk. und entsprechende Reisekostenvergütung gewähren.

Sodann wurden die Vorstandswahlen vorgenommen. Zum Vorstand der Landwirtschaftskammer wurde mit 60 von 64 Stimmen Vorsitzender Adorno-Kaltenberg zum Stellvertreter des Vorsitzenden Gutsachter Hornung-Schaubed bei Kleinbottwar gewählt. In den Vorstand wurden sodann von seiten der Landwirte berufen: Vogt-Göhsen, Melching-Unterföhringen, Hermann-Hohemühlringen, Schultheiß-Maunz-Altheim und Dekonomierat Otterbach-Hall; von seiten der landwirtschaftlichen Arbeiter: Rodbeck-Hohenheim und Deserker-Unterjettingen. Zum Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer wurde Regierungsrat Ströbel-Stuttgart gewählt. Die Kammer vertrat sich hierauf; sie wird erst im Mai, kurz vor der Heuernte, wieder zusammentreten.

Mitmaßliches Wetter.

Die Erntungen nehmen langsam überhand. Am Sonntag und Montag ist wechselland bewölkt und regnerisch, zuweilen aber auch aufsteigendes, ziemlich kühles Wetter zu erwarten.

Aus dem Bezirk.

Wildbad, 26. Febr. 1920. In unserem so schönen vielverschlungenen, aber deshalb schallhemmenden Tal wird das Vollgelaute der Glocken auf besondern Kirchen besonders schmerzlich vermisst. Wie schön und festlich, weckend und wehrend, während und während war es, wenn der Klang der Glocken, einander ablösend und ergänzend, talauf, talunter nach den Windungen sich zog, den Grund füllend, waldein sich schob, im Tann verhallend, bergan sich dehnte, über den Höhen verfliegend. Religion, öffentliche Wohlfahrt, Heimatliebe reichen sich die Hand zum Bunde. Darum ist auch ein „Glockenbau fond für die kath. Kirche“ gebildet worden, für welchen Gaben erbeten werden. — Können man nicht bei Neuanschaffung der Glocken für beide Kirchen das Gelaute harmonisch abstimmen?

Wildbad, 26. Febr. Mit großen Kosten ist es Herrn Kull, Gasth. zur alten Linde, gelungen, für seine Lichtspiele für die nächsten Sonntage einige wirklich erstklassige Programme zur Aufführung zu bringen. Den Anfang macht das morgen zur Vorführung kommende Drama „Die nach Liebe dürsten“ ein Drama aus dem Gesellschaftsleben. Da die Hauptrolle in den Händen von Martha Delanda und Ludovic Hartan liegen, spricht schon dafür das Drama zu einem der Besten zählt. Von den folgenden Programmen erwähnen wir noch „Dungernde Millionäre“ und „Sie ist“ zwei der größten Filmchauspiele der Vorzeit, die bis jetzt in Wildbad noch nicht zur Aufführung kamen.

